

Antwort

der Landesregierung
auf die Kleine Anfrage 2933
der Abgeordneten Axel Vogel und Sabine Niels
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 5/7413

Stand des Genehmigungsverfahrens Schweinemastanlage Haßleben

Wortlaut der Kleinen Anfrage 2933 vom 04.06.2013 :

Ein niederländischer Investor beabsichtigt im uckermärkischen Haßleben die Errichtung einer Schweinemastanlage mit aktuell 37.000 Tierplätzen. Das Genehmigungsverfahren läuft seit dem Jahr 2004. Damals lag die Zahl der beantragten Tierplätze noch bei 85.000. 2008 wurde die beantragte Anzahl der Tierplätze auf 67.000 reduziert, nachdem die Genehmigungsbehörde 2007 entschieden hatte, dass der erste Antrag trotz Nachbesserungen nicht genehmigt werden konnte. Als sich Anfang 2012 abzeichnete, dass der neue Antrag ebenfalls nicht genehmigungsfähig war, wurde die Tierplatzzahl erneut reduziert.

Die Regionalabteilung Ost des Landesamtes für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV) ist nach Angaben der Landesregierung für die Genehmigung der Anlage zuständig (Kleine Anfrage 5/2319).

Für die Belange des Arten- und Biotopschutzes besonders im Hinblick auf das Moor „Kuhzer Grenzbruch“ ist nach Angaben der Landesregierung die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Uckermark zuständig (Kleine Anfrage 5/3060).

Anwohner, Natur-, Umwelt- und Tierschutzverbände lehnen die Errichtung der Schweinemastanlage strikt ab, da sie Mindestanforderungen in Bezug auf den Umwelt- und Tierschutz nicht erfüllt und andere erfolgreiche Entwicklungskonzepte der Uckermark speziell im Bereich Tourismus/Naherholung als gefährdet ansehen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie ist der Stand des Genehmigungsverfahrens für die geplante Schweinemastanlage in Haßleben?
2. Wie bewertet die Landesregierung die zwei Moorgutachten über das benachbarte gesetzlich geschützte Biotop „Kuhzer Grenzbruch“, die die Unverträglichkeit der von der Anlage ausgehenden Stickstoffimmissionen mit dem Biotopschutz aufzeigen ?
3. Ist es auszuschließen, dass der Bundesrepublik Deutschland ein EU-Vertragsverletzungsverfahren droht, da die festgelegten Höchstmengen für Stickstoffeinträge nach der sog. NEC-Richtlinie bereits überschritten werden und durch die Genehmigung der Anlage weiter erhöht würden?
4. Wie bewertet die Landesregierung den Vortrag der Naturschutzverbände, dass das „Kuhzer Grenzbruch“ Bestandteil des FFH-Gebiets „Kuhzer See/Jakobshagen“ ist ?
5. Welche Auswirkungen auf die Genehmigungsfähigkeit der beantragten Anlage und den Schutz des Biotops hätte eine Einbeziehung des „Kuhzer Grenzbruchs“ in das FFH-Gebiet?
6. Wie beurteilt die Landesregierung die unterschiedlichen Bewertungsmaßstäbe für Stickstoffeinträge für Gebiete, die einer FFH-Verträglichkeitsprüfung unterzogen werden (Vorgehen nach KIFL) und für Gebiete, die außerhalb des Natura2000-Netzes liegen (Anwendung des Leitfadens zur Ermittlung und Bewertung von Stickstoffeinträgen der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Immissionsschutz)? Welche Unterschiede in der Bewertung würden sich beim Beispiel „Kuhzer Grenzbruch“ ergeben?
7. Wurden die Auswirkungen der zu erwartenden massiven Ausbringung von Gülle und Gärresten auf die benachbarten FFH-Gebiete im Genehmigungsverfahren durch eine FFH-Verträglichkeitsprüfung berücksichtigt?
8. Steht der Gärreste-Erlass des Landes Brandenburg der Genehmigung entgegen?
9. Kann durch ein Brandschutz-Gutachten nachgewiesen werden, dass alle Tiere im Brandfall rechtzeitig aus den Ställen gerettet werden können? Falls ja, wie soll das bei 37.000 Schweinen genau erfolgen?
10. Wie können und sollen bei der geplanten Anlage Auflagen der EU-Schweinehaltungsrichtlinie zum Tierwohl wie Tageslicht, Einstreu und Spaltenböden und Verbot der Kastenhaltung von Sauen eingehalten werden?
11. Ist es richtig, dass bei Genehmigung der Anlage das Risiko der Staatshaftung durch das Land Brandenburg höher ist als bei einer Ablehnung, da bei einer gerichtlichen Aufhebung der Genehmigung dem Antragsteller die gesamten Baukosten erstattet werden müssten, während bei gerichtlicher Aufhebung der Ablehnungsentscheidung nur der für eine bestimmte Zeit entgangene Gewinn fällig wäre?

12. Liegt die Zuständigkeit für das Genehmigungsverfahren ausschließlich beim LUGV oder bestehen Einflussmöglichkeiten des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft (MIL) oder des MUGV auf die Genehmigung der Anlage? Wenn ja, welche sind dies? Wie bewertet die Landesregierung in diesem Zusammenhang das Schreiben des für Immissionsschutz zuständigen Abteilungsleiters Dr. G. Hälsig vom März und April 2010 an die Genehmigungsbehörde?

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Wie ist der Stand des Genehmigungsverfahrens für die geplante Schweinemastanlage in Haßleben?

Zu Frage 1:

Der Genehmigungsbescheid wurde mit Datum vom 20.06.2013 unterzeichnet.

Frage 2:

Wie bewertet die Landesregierung die zwei Moorgutachten über das benachbarte gesetzlich geschützte Biotop „Kuhzer Grenzbruch“, die die Unverträglichkeit der von der Anlage ausgehenden Stickstoffimmissionen mit dem Biotopschutz aufzeigen?

Zu Frage 2:

Der Landkreis als zuständige Naturschutzbehörde für die Belange des Biotopschutzes hat im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens unter Einbeziehung der vorliegenden Gutachten eine naturschutzrechtliche Bewertung vorgenommen. Die Landesregierung sieht keine Veranlassung, diese in Frage zu stellen.

Frage 3:

Ist es auszuschließen, dass der Bundesrepublik Deutschland ein EU-Vertragsverletzungsverfahren droht, da die festgelegten Höchstmengen für Stickstoffeinträge nach der sog. NEC-Richtlinie bereits überschritten werden und durch die Genehmigung der Anlage weiter erhöht würden?

Zu Frage 3:

Die Landesregierung geht davon aus, dass die Genehmigung nur erteilt wird, wenn die Genehmigungsbehörde im Ergebnis ihrer Prüfung feststellt, dass ein solches Verfahren auszuschließen ist.

Frage 4:

Wie bewertet die Landesregierung den Vortrag der Naturschutzverbände, dass das „Kuhzer Grenzbruch“ Bestandteil des FFH-Gebiets „Kuhzer See/Jakobshagen“ ist?

Zu Frage 4:

Das FFH-Gebiet "Kuhzer See/Jakobshagen" wurde im Jahr 2000 an die EU Kommission gemeldet. Für die Auswahl und Abgrenzung des FFH-Gebietes waren die großflächig vorhandenen Vorkommen von eutrophen und mesotrophen Seen und zahlreichen Kleingewässern maßgeblich. Das „Kuhzer Grenzbruch“ liegt räumlich getrennt durch eine Ackerfläche nordöstlich vom FFH-Gebiet. Da die Fläche des „Kuhzer Grenzbruchs“ der EU-Kommission nicht als Teilfläche des FFH-Gebiets „Kuhzer See/Jakobshagen“ gemeldet wurde, ist sie auch nicht Bestandteil dieses Gebiets.

Frage 5:

Welche Auswirkungen auf die Genehmigungsfähigkeit der beantragten Anlage und den Schutz des Biotops hätte eine Einbeziehung des „Kuhzer Grenzbruchs“ in das FFH-Gebiet?

Zu Frage 5:

Eine Einbeziehung des "Kuhzer Grenzbruchs" in das FFH-Gebiet "Kuhzer See/Jakobshagen" ist nicht beabsichtigt.

Frage 6:

Wie beurteilt die Landesregierung die unterschiedlichen Bewertungsmaßstäbe für Stickstoffeinträge für Gebiete, die einer FFH-Verträglichkeitsprüfung unterzogen werden (Vorgehen nach KIFL) und für Gebiete, die außerhalb des Natura2000-Netzes liegen (Anwendung des Leitfadens zur Ermittlung und Bewertung von Stickstoffeinträgen der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Immissionsschutz)? Welche Unterschiede in der Bewertung würden sich beim Beispiel „Kuhzer Grenzbruch“ ergeben?

Zu Frage 6:

Nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs ist für Lebensräume, die maßgeblicher Bestandteil eines FFH-Gebietes sind, ein strenger Schutzstandard zu gewährleisten. Aus der Sicht der Landesregierung ist es daher nicht zu beanstanden, dass das Schutzniveau in Natura 2000-Gebieten höher ist als außerhalb dieser Gebiete.

Frage 7:

Wurden die Auswirkungen der zu erwartenden massiven Ausbringung von Gülle und Gärresten auf die benachbarten FFH-Gebiete im Genehmigungsverfahren durch eine FFH-Verträglichkeitsprüfung berücksichtigt?

Zu Frage 7:

Die Auswirkungen der Ausbringung von Gülle und Gärresten wurden im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens betrachtet.

Frage 8:

Steht der Gärreste-Erlass des Landes Brandenburg der Genehmigung entgegen?

Zu Frage 8:

Nein.

Frage 9:

Kann durch ein Brandschutz-Gutachten nachgewiesen werden, dass alle Tiere im Brandfall rechtzeitig aus den Ställen gerettet werden können? Falls ja, wie soll das bei 37.000 Schweinen genau erfolgen?

Zu Frage 9:

Gemäß § 12 Absatz 1 Brandenburgische Bauordnung sind bauliche Anlagen so anzuordnen, zu errichten, zu ändern und instand zu halten, dass der Entstehung eines Brandes und der Ausbreitung von Feuer und Rauch (Brandausbreitung) vorgebeugt wird und bei einem Brand die Rettung von Menschen und Tieren sowie eine Entrauchung von Räumen und wirksame Löscharbeiten möglich sind.

Neben der Menschenrettung nennt § 12 Absatz 1 Brandenburgische Bauordnung die Rettung von Tieren als gleichrangiges Ziel. Das Schutzziel „Möglichkeit der Rettung von Tieren“ muss in einem Brandschutzkonzept nachgewiesen werden. Das Brandschutzkonzept lässt der Bauherr von seinem Objektplaner erstellen. Im Rahmen des Brandschutzkonzeptes erfolgt eine Bewertung der Rettungsmöglichkeiten der Tiere. Die erforderlichen Brandschutz- und Rettungsmaßnahmen hat der Ersteller des Brandschutzkonzeptes vorzuschlagen, nicht die untere Bauaufsichtsbehörde. Das Brandschutzkonzept wird sodann bauaufsichtlich geprüft.

Frage 10:

Wie können und sollen bei der geplanten Anlage Auflagen der EU-Schweinehaltungsrichtlinie zum Tierwohl wie Tageslicht, Einstreu und Spaltenböden und Verbot der Kastenhaltung von Sauen eingehalten werden?

Zu Frage 10:

Die Umsetzung der Richtlinie 2008/120/EG des Rates vom 18. Dezember 2008 über Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen (kodifizierte Fassung) in nationales Recht erfolgte durch das Tierschutzgesetz und die Zweite Verordnung zur Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung vom 4. August 2006 (BGBl. I S. 1804). Für die Haltung von Schweinen gelten somit die Bestimmungen des Tierschutzgesetzes und der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung. Diese werden durch den Betrieb eingehalten.

Frage 11:

Ist es richtig, dass bei Genehmigung der Anlage das Risiko der Staatshaftung durch das Land Brandenburg höher ist als bei einer Ablehnung, da bei einer gerichtlichen Aufhebung der Genehmigung dem Antragsteller die gesamten Baukosten erstattet werden müssten, während bei gerichtlicher Aufhebung der Ablehnungsentscheidung nur der für eine bestimmte Zeit entgangene Gewinn fällig wäre?

Zu Frage 11:

Nein. Die Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen im Rahmen der gebundenen Verwaltungsentscheidung über eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung wird anhand der geltenden Rechtsgrundlagen und der vorgelegten Antragsunterlagen unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der beteiligten Behörden im Lichte des Ergebnisses der Umweltverträglichkeitsprüfung und nach Auswertung der eingegangenen Einwendungen durch die Genehmigungsbehörde vorgenommen. Die Landesregierung geht davon aus, dass die Prüfung in diesem Genehmigungsverfahren ebenso sorgfältig vorgenommen wurde, wie auch in allen übrigen Genehmigungsverfahren, und dass es daher weder im Falle der Genehmigung noch im Falle der Ablehnung zu einer Aufhebung der Entscheidung kommen wird, die Staatshaftungsansprüche zur Folge haben könnte.

Frage 12:

Liegt die Zuständigkeit für das Genehmigungsverfahren ausschließlich beim LUGV oder bestehen Einflussmöglichkeiten des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft (MIL) oder des MUGV auf die Genehmigung der Anlage? Wenn ja, welche sind dies? Wie bewertet die Landesregierung in diesem Zusammenhang das Schreiben des für Immissionsschutz zuständigen Abteilungsleiters Dr. G. Hälsig vom März und April 2010 an die Genehmigungsbehörde?

Zu Frage 12:

Da es sich bei der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung gem. § 6 Abs. 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz um eine gebundene Verwaltungsentscheidung handelt, ist eine politische Einflussnahme von obersten Landesbehörden auf die Entscheidung der Genehmigungsbehörde unzulässig. Liegen die Genehmigungsvoraussetzungen nach dieser Vorschrift vor, hat der Antragsteller einen Rechtsanspruch auf die unverzügliche Erteilung der Genehmigung. Im Übrigen haben alle Verfahrensbeteiligten einen Rechtsanspruch auf fehlerfreie Durchführung des Verwaltungsverfahrens. Bei den genannten Schreiben handelte es sich um Maßnahmen der Fachaufsicht gegenüber der Genehmigungsbehörde gem. § 15 Abs. 3 Landesorganisationsgesetz. Diese dienten dazu, eine rechtmäßige und unparteiische Durchführung des Genehmigungsverfahrens sicherzustellen.